

Sozialkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erhebt jeden Freitag nachmittags. Verkaufspreis frei Haus monatlich 160 M. Durch die Post monatlich 190 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Vorstandsamt, 14, Rennweg 1047 u. 2261. Geschäfts-7-8 Uhr. Schriftleitung: Fernw. 1645. Sprechzeit 12-1 u. 4-6 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 8.- M. für den Millimeter Höhe und Spalte, 20 M. für Zeile, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr werden, größere tags vorher. - Vollständigste: Leipzig 1928 45, Fritz Koch, Halle

Einzelpreis 7 Mark

Donnerstag, den 26. Oktober 1922

2. Jahrgang. Nr. 251

Tausendfache Breite und keine Lohnerhöhungen

Kontrollausschüsse vor die Front!

Der Stahlbund diktiert.

Der Stahlbund, in dem die Stinnes und Thyssen die Hauptrolle spielen, hat schon wieder eine neue Erhöhung der Preise für Stahlwerkzeugnisse beschlossen. Damit ist eine Preissteigerung für alle Eisen- und Stahlwerkzeuge mit sich verbunden. Nach dem letzten Diktat steigt der Preis für ein Lotte Stahlblech auf 98 2/3 Mark. Erst am 18. Oktober war der Preis auf 91 2/3 Mark herabgesetzt worden. 1918 folgte die Lonne 98 M. Gegenüber diesem Stande ist nunmehr eine Verringerung auf über das Tausendfache eingetreten. Diese ansehnliche Preissteigerung haben dieselben Leute vorgenommen, die erst jetzt den Eisen- und Stahlarbeitern eine behaltene Lohnsteigerung versprochen. Die nominalen Löhne sind bei weitem noch nicht auf das Niveau der vor dem Kriege üblichen Sätze gestiegen. Die Arbeiter sollen weiter für unzureichende Löhne arbeiten, aber die Verbraucher greifen erneut sehr tief in die Taschen der Verbraucher hinein.

Die letzten Stützen brechen

In Millionen von Proletariatsfamilien bildeten bisher noch die verhältnismäßig niedrigen Mieten und Mietpreise die halbtägigen Stützen, die vor dem ganzlichen Verfall in Hungersnöden hielten. Diese Stützen zerbrechen nun. Der Preis für den Bauhofmieteplatz auf 500 Prozent der Friedensmiete festzusetzen, dann die anderen Mietarten werden die Mietzuschläge, zwingen den Proletariat in Zukunft, das 10- bis 15fache für Miete aufzubringen. Wer früher monatlich 50 Mark zu zahlen hatte, wird im Durchschnitt monatlich 600 Mark zahlen müssen. Was noch schlimmer ist, die Preise für Brot sprangen zur Höhe des Weltmarktpreises hinauf. Schon jetzt liegt der Preis für ein Pfund Brot bei 180 Mark. Der Friedenspreis stellt sich ungefähr 17 Pfennige. Wäthm ergibt sich hier eine Verringerung um das 94fache. Bei diesem Preis wird das Brot, das in der nächsten Woche in Berlin bereits 400 Mark kosten soll, bald den Preis von 600 Mark für ein Brot erreichen haben.

Fleisch und Milch Luxus

In einer Befragung von landwirtschaftlichen Sachverständigen, unter Vorsitz des Ministers Eder von Braun, wurde mitgeteilt, daß bei dem jetzigen Dollarkurs Deutschland fastlich nicht mehr in der Lage ist, das für die Ernährung unbedingt erforderliche Getreide im Auslande zu kaufen. Weiter wurde festgestellt, daß der Fleischkonsum in den Städten auf unter 50 Prozent gegenüber dem Jahre 1913 zurückgegangen ist. Und während früher auf den Kopf der Bevölkerung fast ein halbes Liter Fleisch verbraucht worden ist, fette sich die durchschnittliche Verbrauchsmenge jetzt auf nur noch 1/4 Liter. Dagegen entfällt davon noch ein gewaltiger Teil auf die Metzgerei, die und die große Schar der Ausländer, die so viel Fleisch wie die Reichsbürger kaufen, als sie nur konsumieren können.

Die große Masse der arbeitenden Bevölkerung hat ihren Verbrauch an notwendigen Lebensmitteln, besonders auch von Fleisch und Milch auf ein Minimum auf ein Schrotel herabsetzen müssen. Die neue Preispolitik wird die Zahl der Familien, die den Gehalt von Fleisch und Butter kaum noch einhalten können, noch ganz beträchtlich vergrößern. Damit vergrößern sie aber auch die Entkräftungs- und Sterbesfälle. Das Elend wird tiefergründig.

Was ist zu tun?

Von der großen SPD kann das Proletariat nichts erwarten. Ihre Konstitutionspolitik verdammt sie zur Ohnmacht. Erst vorpfeifen hat sie sich in der Frage der Verringerung des Brotpreises (einstufig) von allen bürgerlichen Parteien überlassen. Die Bürgerlichen der Regierung sind der Meinung, daß die Konstitution der SPD, die die "Erfassung der Lebensmittel" und "Stabilisierung der Währung" geht es genau so, wie mit dem Kampf, den sie gegen die Erhöhung des Unlagespreises geführt hat. Die Konstitutionspolitik der SPD machen, was sie wollen, und die Sozialisten müssen immer, was sie tun müssen, wenn sie "Regierungs"partei werden wollen; sie liegen sich.

Was die Proletariat tun müssen, das lagen ihnen die Erfolge der Kontrollausschüsse in einzelnen Orten. Die Unternehmer lehnen Lohnsteigerungen trotz tiefenhafter Steigerung der Preise ab. Folglich müssen die notleidenden Arbeiter, Angestellten, Sozialrentner und Kriegsopfer durch die Kontrollausschüsse die Herabsetzung der Preise erzwingen.

Die Kontrollausschüsse haben die besten Erfolge

Dafür einige Beispiele:
In Singen bei Biberach hat der Kontrollausschuss mit der Unterstützung von Arbeitern der Arbeiterorganisationen Verhandlungen geführt, die zur Herabsetzung des Brotpreises um 20 Prozent herabzusetzen.

In Hildesheim hat der Kontrollausschuss Verhandlungen geführt, die zur Herabsetzung des Brotpreises um 20 Prozent herabzusetzen. In Hildesheim hat der Kontrollausschuss Verhandlungen geführt, die zur Herabsetzung des Brotpreises um 20 Prozent herabzusetzen.

In Wolfenbüttel bei Braunschweig hat der Kontrollausschuss aus der Umgebung bereits 1000 Kartoffeln zum Preis von 150 Mark pro Zentner beschafft, daß der Winterbedarf der Arbeiterklasse bedeckt ist. Zur Lieferung dieser Kartoffeln

wurde die Organisation der Landwirte in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Kontrollausschuss gewonnen.
Der Pinnseeger Kontrollausschuss hat große Unterhaltungen auf dem Gaswerk angebracht. Der Direktor wurde verhaftet. Da die Bevölkerung sah, daß der Kontrollausschuss im Interesse aller arbeitete, stand sie geschlossen hinter ihm. Unter dem Druck einer Demonstration wurde das Gemeindeparlament der Gaswerke mobilisiert die Arbeiterkraft die Gasarbeiter und wird zur Zulage der Herabsetzung des Gaspreises gewonnen.

In Hamburg hat ein Kontrollausschuss durch eine Lebensmittelkontrolle den Unterschied in den Preisen festgestellt und die Resultate in der Presse veröffentlicht. Gegen eine Entlastung der Gaswerke mobilisierte die Arbeiterkraft die Gasarbeiter und fordert im Parlament um Kampf auf.

Das Proletariat, Arbeiter, Angestellte, Beamte, alle notleidenden Rentner und Kriegsopfer müssen sich zu einer Kampffront zusammenschließen und hinter die Kontrollausschüsse stellen. Aus dieser Front heraus muß der Angriff mächtig und geschlossen erfolgen. Durch ihn müssen die Kapitalisten und Großrentner gezwungen werden, auf weitere Preissteigerungen zu verzichten und die notwendigen Substitutionsmittel zur Verfügung zu stellen. Die Kontrollausschüsse und der Betriebsratelöhne müssen zu Organen des gesamten Proletariats werden. Durch die Unterstützung dieser Kampforgane verdrängt sich das Proletariat den Sieg!

Uebersichten, aber keine Lohnerhöhungen

Keine Gehaltserhöhung für die Staatsbeamten, Angestellten und Arbeiter (Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. Oktober.
Zu Reichswirtschaftsministerium und Verhandlungen über die Forderungen der Bergarbeiter aufgenommen worden. Die Bergarbeiter forderten vom 16. Oktober an 100 Prozent Zulage. Die Unternehmer lehnten ab. Die Bergarbeiter sollen mit den Uebersichten zufrieden sein. Wie gemeldet wird, ist auch im Reichswirtschaftsministerium keine Regelung vorhanden, den Bergarbeitern für die zweite Hälfte des Monats eine Zulage zu bewilligen. Bestiglich im November soll eine Lohnsteigerung eintreten, aber die Hälfte dessen, was die Bergarbeiter schon für Oktober verlangt haben. Das Kapital und die kapitalistischen Vertreter nehmen keine Rücksicht mehr.

Weiter wird gemeldet, daß die Nachricht, den Staatsbeamten und den Angestellten sowie den Arbeitern in den Reichsbetrieben eine allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung zu bewilligen, vollständig unzutreffend ist.

Neue Preissteigerungen

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. Oktober.
Steigende Preise und abnehmende Mäße, das steht heute auf der Tagesordnung. Welchen gingen in Berlin die Preise im Großhandel hinauf. Es folgten: ein Pfund Kaffee 1270 Mark, ein Pfund Zucker 254 Mark, ein Pfund Weizenmehl 180 Mark.

Die SPD. will keine Regierungskrisis

und keinen Kampf (Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. Oktober.
Der "Vorwärts" verkündet den bürgerlichen Parteien, die Sozialdemokratie bestehe nicht daran, Ämtern herauszufordern oder aus der Regierung auszutreten. Die SPD. bekommt Angst, die Bürgerlichen würden sich darauf einlassen, mit Hilfe der Exekutivkräfte die Sinnespolitik weiter zu führen. Die Stadt Berlin arrangiert zu Eberth'schen ein Bierwerk. Die Proletariat werden nun freudiger weiter hungern.

Neue Verhaftungen von Kommunisten

(Eigene Drahtmeldung.)

Berlin, 26. Oktober.
Märzgefangenen werden freigesprochen in der monarchistischen Republik. Arbeiter, die sich als Feinde der Monarchie bekannt haben, werden verhaftet. In Berlin sind wiederum sieben Arbeiter verhaftet worden, die beschuldigt werden, den Organelementen am Jirius Wulch Schwestern bereitet zu haben. Bis jetzt sind 23 Personen wegen der Jirius-Wulch-Demonstration in Berlin verhaftet. Die Wörber des Gerichtes Wörde sind selbstverständlich nicht schuldig. Gegen die Verhafteten ist ein Verfahren wegen Landfriedensbruchs eingeleitet worden.

Safenarbeiterstreit

(Eigene Drahtmeldung.)

Stettin, 26. Oktober.
Wegen Ablehnung ihrer Forderungen um 100 Prozent Lohnzulage sind die Safenarbeiter in den Streit getreten.

Es lebe der Staatsgerichtshof

Der Staatsgerichtshof in Leipzig vertritt sich auf den Schutz der Republik. Darum hat er auch den Bewohner der Burg Coaled, Dr. Stein, freigesprochen. Er hat ihm alle Ausreden erlaubt. Daß die Mathenauwörter bei ihm Zuflucht suchten, ist seiner Zufall. Der liebe Gott und der Staatsgerichtshof läßt seine guten Patrioten nicht im Stich. Und wenn die anderen Epigonen des Menschewordes vor diesem höchsten republikanischen Gericht so leicht davon kamen, dann durfte auch dem braven Dr. Stein nichts Böses geschehen. Dafür leben wir auch in einem Rechtsstaat.

Dieser republikanische "Rechtsstaat" verheißt dem Dr. Stein auch noch ein besonderes Verfahren auf Schadenersatz für die ihm durch die kurzzeitige Unterdrückung der Republik widerfahrenen Unannehmlichkeiten. Das ist kein Gesetz. Die Juristen vom Kappland an der Saale, die mit monarchistischen sind, sehen sicherlich länger in ihrem Zirkel zusammen, um ihren Gesinnungsstruber zu beraten, wie er das anzudehen hat. Wir werden es noch erleben, daß die ganze Organisation C auf Staatskosten nicht hinter schwedischen Gardinen sitzt, sondern eine Millionenunterstützung (in Dollar auszusagen, wie sie in ihrer deutsch-ungarischen Bankkettelei fordert) erhält und auf dem Prontone gestützt wird. Es sind die Ehrenbürger der Republik.

Nochmals: wir scherzen nicht. Der Staatsgerichtshof hat nicht nur durch sein Urteil, sondern auch durch die Begründung und die Verteidigungsrede des Reichsanwalts vor aller Öffentlichkeit den Angeklagten ein Ehrenzeugnis ausgespielt. Und zwar auch dem Kapitänleutnant Dietrich, der wegen Begünstigung freilich ein paar Monate Gefängnis erhalten mußte, aber es gerichtlichseits attestiert erhielt, daß keine Handlungsweise "vom ethischen Standpunkt aus nicht unedel" sei. Der Lehmann erklärte ja auch schon, daß ein Ehrenwort, wenn es auf Mordmord abzielt, gehalten werden muß. Und der Staatsgerichtshof ist geübt, ob der ehrenvollen Solidarität, die hierdurch verleiht, Mordtaten mit neuen Kreisbären auszurufen, um sie der Verfolgung und der Strafe zu entziehen. Das nennt man Rechtsgeist.

Wir haben es längst vorerkannt, uns über die republikanische Taktik zu wundern. Wir legen das Urteil zu den übrigen. Proletariat, die den von der Staatsgewalt niedergemetelten Samarbeitenden leisten, fliegen ins Zuchthaus. Für ihre ethischen Motive hat man kein Verständnis. Man behandelt Revolutionäre als Verbrecher und glaubt ihnen und ihrer Revolutionäre kein Wort. Aber den nationalitätlichen Menschewörtern glaubt man auch die verlogenen und unwahrscheinlichsten Ausreden, bei denen sich sogar die Balken drehen. Das hatte man schon im ersten Mathenau-Wortdrohprozeß vor dem Reichsgericht erlebt. Und nun glaubte man es sogar dem Dr. Stein, daß er jetzt beim Eintreffen von Kern und Fischer aus purer Launenhaftigkeit mit seiner Frau eine plötzliche Reise nach München antat. Daß sich ein Herr noch ihm im Münchener Hotel erkundigte, war natürlich auch ein banaler Zufall und kein Zeichen der Münchener Wörberzentrale dirigierte sein Handeln. Und wie kamen Kern und Fischer in seine Burg? Nun, sie sind eben einfach über den Witzarbeiter hineingeloffert. Bisher hatte man noch nicht gehört, daß die Mitglieder der Organisation Affen über Kassen seien. In Kletterkassen aber können sie es nach Meinung des hochmoralischen Staatsgerichtshofes mit ihnen aufnehmen zu können.

Wenn bei dem ganzen Verfahren schon nichts anderes als ein Freispruch herauskam, so hätte man wenigstens hoffen dürfen, daß endlich einmal gerichtliche Klarstellung darüber erfolgte, wie sich der letzte Akt des angeblichen Selbstmordes hin, der Ermöglichung der Täter abgeplottet hat. Man ging aber darüber noch der Auslage eines Kriminalmachtmotives sehr oberflächlich hinweg. Auch über die Tatsache, warum die Kriminalpolizei erst von Touristen mit der Nase darauf gestoßen werden mußte, daß sich die Mörder in dem beleuchteten Turmsimmer seit Tagen aufhielten, wurde freundliches Still-schweigen geübt.

Am deutlichsten aber spricht der Umstand, daß hier einmal das Gesetz zum Schutze der Republik mit seinen verstärkten Strafen für Weisheit und Begünstigung angewendet werden mußte (was beim ersten Mathenau-Prozeß in den Hauptfällen bekanntlich nicht geschah), und daß man dennoch zur Freisprechung bzw. zu einer lächerlich geringen Strafe wegen Begünstigung im Falle des Kapitänleutnants Dietrich kam. Es hieß immer, daß bei Anwendung des neuen Strafgesetzes Justizhaus und Tod schon wegen Mißtraue einer antirepublikanischen Verführung drohe. Hier haben wir die Probe auf das Exempel. Die nationalitätlichen Wörber können mit dem freigesprochenen Dr. Stein, Niemann (der ja nur die Mathenauwörter für die "nationale Sache" des Abschließens von Walter Mathenau hergab) und Konlonten in deutschösterreichischer Zurecht begünstigt ausrufen: "Es lebe der Staatsgerichtshof!"

Mit dem überaus milden Vorgehen des Staatsgerichtshofs gegen rechtsstehende Kreise kontrastiert bekanntlich aufs schärfste die Barbarei der baptschen sogenannten Volksgerichte.

Mordgymnasialen und Stinnesminister

Die Hausgarrierer fordern Goldminen

(Eigener Bericht)

Berlin, 25. Oktober.

In einer Sitzung am Mittwoch beschäftigte sich der Landtag zunächst mit den in den Vorberichten erwähnten, die Genehmigung zur Streikverfolgung von Abgeordneten, darunter unserer Genossen Schulz (Kauflin), Schölem, Schneider, Schnetter und Kilian abgelehnt. Die Debatte über die große Anfrage betr. den Verkauf sächsischer Hausbesitzes an Ausländer, wurde zu Ende geführt. Der Führer der Hausgarrierer, Abgeordneter Vadenborff, zog gegen die Zwangsversteigerung auf dem Gebiet des Wohnungswezens zu Rede und jammerte über die Not der Hausbesitzer.

Genosse Kilian:

Die Redner der bürgerlichen Parteien haben heute genau so gehandelt wie gestern. Mein Parteifreund Plenge hat festgestellt, daß der Anhang im heutigen Gebiet zwar über die Not der Bevölkerung jammert, daß dieselben Leute aber ihre Waren am liebsten an die Belagerten und Hungernden verkaufen oder über die Grenze, des Kapitalgewinnes wegen, verschicken. Die Hausbesitzer, die in Folge von Schwerkriegszeiten ihre Grundstücke an Ausländer verkaufen werden lassen sie. In den meisten Fällen last auch der Dollar. (Sehr richtig! links.) Die Hausgarrierer haben eine List über die Zwangsversteigerung, weil sie dadurch nicht am Tanz um das goldene Kalb teilnehmen können, den gegenwärtig die ganze kapitalistische Gesellschaft tanzt. Die Fabrikanten geben riesige Dividenden bis zu 100 Prozent, der Handel erzielt bis zu 100 Prozent, die Arbeiter-Verbands-Kassenmethode. Da frägen sich die Hausbesitzer, daß sie nicht in gleicher Höhe mucken können. (Sehr richtig! links.) Die Zwangsversteigerung muß bestehen bleiben. Sollte es aber wirklich so viele notleidende Leute geben, denen ihr Hausbesitz Sorgen macht, dann sollte ich ihnen, die Forderung der Kommunistischen Partei auf Sozialisierung der Wohnungen durch Enteignung zu unterliefern. Es ist die Pflicht der Partei, die Hand zu bieten und Stellen schnell und gründlich bereit zu stellen. (Heute und heute links.)

In vierzig Minuten wurde die Sitzung zu Ende. Der Landtag hat sich am Ende ihrer Erfüllungspolitik angefaßt. Die Konferenz der Reparationskommission in Berlin wird heute für das Schwerkapital eine gute Gelegenheit sein, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu vergrößern und die völlige Stillelegung der Währungsfrage durchzuführen. Der deutsche Arbeiterfall steht in Form einer verächtlichen Finanzkontrolle die Diktatur des verbliebenen deutsch-französischen Schwerkapitals bevor.

Die Konferenz der Reparationskommission in Berlin wird heute für das Schwerkapital eine gute Gelegenheit sein, ihre wirtschaftliche und politische Macht zu vergrößern und die völlige Stillelegung der Währungsfrage durchzuführen. Der deutsche Arbeiterfall steht in Form einer verächtlichen Finanzkontrolle die Diktatur des verbliebenen deutsch-französischen Schwerkapitals bevor.

Neue Kostenforderungen der Entente

(Eigener Drahtbericht)

Berlin, 26. Oktober.

Mitte Oktober ist der Reichsregierung eine Note der Reparationskommission zugegangen, welche die Forderung einer Beseitigung aller noch bestehenden Streitigkeiten und den Aufschub der Verhandlungen mitteilt, falls die Reichsregierung zu dem Entschluß gekommen, daß das Verlangen der Reparationskommission am 1. November 1918 erfüllt werden soll. Die Verhandlungen in Paris über diesen Punkt dauern noch an. Gemahnt wird die Regierung mit den deutschen Außenministerialen über diese Frage beraten.

Die abschließende Antwort, auf die sich die Regierung vorbereitet, bedeutet den völligen Bruch der sozialdemokratischen Erfüllungspolitik, aber zugleich auch den Übergang der gesamten Reparationspolitik in die Hände des Schwerkapitals. Die Bergarbeiter wurden erst mit der Lösung „Der französische Feind fordert die Kohlen“ zu Überlieferungen getrieben. Die Reichsregierung hat damals die Frage des Falls der Aufhebung der Franzosen angefaßt. Aber über letztere hat die Reichsregierung die Erfüllungspolitik trotz der Überlieferungen nicht weiter betreiben lassen! Trotz dem sollen die Überlieferungen jetzt im Interesse Stinnes' nach dem Willen der Gewerkschaften weiter verfahren, die Vergütungen weiter ausgegliedert werden.

Diktatur des Schwerkapitals in Weimar

(Eigene Drahtmeldung)

Wien, 26. Oktober.

Wie bekannt wird, sollen die Delegierten des Südbundes den Finanzplan der österreichischen Regierung als ungenügend bezeichnet haben. Die sozialdemokratische Fraktion hat gegen die Genossenschaftsbewegungen „Die schärfste jüdische Opposition“ beschloßen und wird am nächsten Sonntag in Wien einen großen Demonstrationsumzug veranstalten. Gekannt ersehen im Nationalrat eine Abordnung von Arbeitlosen und forderte vom Parlament die sofortige Bismarck ihrer Forderungen, außerdem sei es keinerlei Verantwortung für die Ruhe und Sicherheit mehr.

Die deutsche Arbeiterfraktion hat die Veranlassung, die Ereignisse in Österreich mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen. Seit dem Reichstagswahlkampf hat die österreichische Bundesregierung anlässlich seines Berliner Besuchs erklärt: „Wir sind halt ein paar Monate später dran als ihr.“ Die Arbeiterfraktion muß durch die Selbsthilfe der Betriebsräte und Kontrollausschüsse gegen die Bewegung rechtzeitig verhindern, daß in Deutschland „österreichische Verhältnisse“ eintreten.

Eine deutsche Bombentat

Man erinnert sich, daß von den Ausnahmegerichten gegen die Arbeiter in Mitteldeutschland schwere Zuchthausstrafen verhängt wurden, wenn auch nur vorläufig in Zusammenhang mit irgendwelchen Sprengstoffdelikten kontrahiert werden konnte. Damals handelte es sich um kommunistische Angelegenheiten. Jetzt haben vor dem Mannheimer Schörrgericht mehrere nationalsozialistische Kurden vom Gänge der Raubkassen-Mörder. Sie hatten eine Bombe oder Bombgranate in das Mannheimer Vorlagegebäude geschleudert, welche erhebliche Sachschäden anrichtete und Verwundungen in schwerer Weise bedroht. Da die Angeklagten sämtliche Mitglieder der deutschsozialistischen Partei (Nationalsozialisten) sind, wurden ihnen von den süddeutschen Gewehrbesitzern mitdringende Umstände jugendlich und ihnen auf die geringen Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten auch noch die Unterdrückung angedroht. Einer der Hauptangeklagten predigte vor Gericht den Aufruhr und erklärte auf die Frage, ob er die Tat bereue, dem Vorsitzenden: „Nein, Herr Direktor, es war eine deutsche Tat!“ Auf nachfolgende Drängen des Vorsitzenden, daß er, ähnlich wie dem Teufel vor dem Staatsgerichtshof, durch Eugeleitungen helfen bestrafen wollte, erwiderte er mit vermehrtem Pathos: „Nein, ich bereue eine deutsche Tat niemals!“ Darumhin verurteilten die Ge-

und wandte sich besonders gegen die früheren Reichstagsler Scheinbach, weil er in Leipzig die bekannten Äußerungen zum Fall Stinnes gemacht hat. Der Minister drückte sich in seiner Antwortung um jede klare Stellungnahme herum, schämte wieder von der „Beilage des Staates“, verteidigte das Communium gegen die Angriffe von links und nahm auch das Sozialistengesetz und die Verfassung des Reichstages Communiums in Schutz.

Genosse Schölem:

Der Schölem des höheren Schulwezens muß enttäuscht werden. Mit den Klatschereien, die der Minister hier im laublosen Brutto der Überzeugung vortrug, ist nichts getan. Es gilt, der Politisierung der reaktionären Jugend dadurch entgegenzutreten, daß man in die Arbeiterjugend den Geist des Klassenkampfes hineinträgt. Die Rednerin der Sozialdemokraten muß dagegen die Jugend entpolitisieren. Die proletarische Jugend ist das einzige Fundament, auf das wir bauen können, wenn wir ein anderes Gebäude aufbauen wollen als das jetzige Räder- und Wäckerhaus. Die Arbeiter-Jugend-Bereine waren früher sich daran, nicht unter der Schwarzfärbung, sondern unter der roten Fahne eine politische Kampfbewegung zu sein. Die Sozialdemokraten haben ihr das Räderwerk gegeben und sie zu einem Spiel und Zangenspiel gemacht. Der Vortag betrifft den Geist von Bolschew. Das ist der Geist Lehmann, Günther und Stinneswegs. Statt hier klar und deutlich zu sagen, wer sich mit dem Teufel geigt werden und mit ihm die ganze reaktionäre Sozialdemokratie, befristet sich die sozialdemokratische Rednerin hier auf einige Finessen und wagt es nicht, offen zu erklären, daß solange Weisheit auf ihrem Platz ist, die Sozialreaktion überhaupt nicht befristet werden kann. Mit wie ungeschicktem Maß im übrigen gemeint wird, zeigt der Fall des Bremerer Sprengstoffes in Stuttgart, der vom Communium relegiert wurde, weil er sich in einer Vernehmung als Disziplinierungsredner zum Kommunismus bekannte. Stinnesbach bleibt, Springfluthe liegt hinaus, das ist die heutige Sozialpolitik. Die Arbeiter dürfen nicht dulden, daß ihre Führer sich mit der Stinnespolitik verbinden, daß die Jugend der Arbeiterfraktion von den Reichsozialisten entzweit und entpolitisiert wird, während die Jugend des Reichsozialismus den Weg des politischen Kampfes schon längst beschritten hat. Nur wenn man nicht mit einem Sozialverstand ist, kann man politisch gegen die Sozialreaktion kämpfen. (Beifall bei den Kommunisten.)

Nach Abschluß der Debatte vertagte sich der Landtag bis zum 21. November.

schweren bei den Angeklagten, die auch noch einer nationalsozialistischen Einmordteilung angehört hatten, sämtliche Fragen, die sich auf Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz bezogen. Sie wurden nur wegen unbedeutenden Betrages von Waffen verurteilt. Die Geschworenen der bürgerlichen Klassenklasse hat nun einmal fast außerzählige Leute. Sie können der Angeklagten, die gegen Juden und Demokraten, gegen Sozialisten und Kommunisten Bomben schleudern, ihre Anklage nicht verlegen. Sie sprachen ja auch den Angeklagten frei und verließen sich darauf, daß auch schon vor Wiedereinführung der Monarchie die Strafjustiz mit republikanisch gekleideten Arbeitern überfüllt werden.

Eine Kinderblutepidemie in Thüringen

In Thüringen tritt eine gefährliche Kinderblutepidemie epidemisch auf. Die Kinder werden teilweise am ganzen Körper und teilweise an den Beinen gelähmt. Aus Wiesbaden werden zwölf Fälle gemeldet. In Suhlungen tritt die Krankheit so stark auf, daß die Schule geschlossen werden mußte.

Sie finden sich, wie an manchen anderen Stellen Europas, weitere entsetzliche Folgen der Hungerkatastrophe. Das Getreide- und Brotmangel und den Sozialdemokraten, die diesen Mangel in der Regierungskoalition geistlich sanktionieren helfen, sollte die Gewerkschaft ein warnendes Mittel sein. Die Arbeiterklasse aber darf nicht länger tatenlos zusehen, wie Teile ihrer Klasse vor ihren Augen in den Hungertod verfallen.

Offene Kampflage der Faschisten

Rom, 25. Oktober.

Bei einem Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und den Faschisten in Neapel, die die Straßen räumen wollten, wurden 16 Personen durch Schüsse verletzt. In seiner Programmrede am dem Faschistenkongress in Neapel erklärte der Faschistenführer Mussolini, er fordere von der Regierung sofortige Auflösung der Kammer und umgehende Auflösung des Reichstages und der Umkartierung der Faschisten. Die Faschisten fordern im Kabinett fünf Ministerstellen. Der Vorschlag der Regierung, die einige Ministerposten und einige Unterfastratariatsstellen angeboten hat, ist inakzeptabel. Sollte es zu einem Zusammenstoß kommen, so wird der Sieg dem Faschismus gehen. In einer weiteren Rede, während der Faschisten die Parade erließen, er: „Entweder geben sie uns die Regierung oder wir nehmen sie.“

Die italienische Arbeiterklasse wird sich gegen den Generalangriff des Faschismus richten müssen. Diese Aktion hat jetzt um so bittere Anschläge, als für die Arbeiter von den reformistischen Führern endlich bereit sind, daß ihr Zusammenstoß für den revolutionären Gesetzbuch möglich ist.

Wie beiseiden

Die SPD-Fraktion meldet: Die Einigung zwischen SPD und USPD hat sich in Württemberg im allgemeinen reibungslos vollzogen. Nur die USPD-Gruppen Schweningen, Weisingen und Zuntigen (S.-M. Kottwitz) haben den Anschluß abgelehnt. Der Vorschlag der USPD-Gruppen Schweningen, Weisingen und Zuntigen eine einflussreiche Seite bleiben. Die besten Ortsgruppen der USPD, machen den Kostenscheinbild nicht mit, so vollständig sich die Einigung zeugte.

Die Kleinbauern geprellt

Die neuen Vorschriften über Kleibewirtschaftung aus Umlagegebieten sind ohne Berücksichtigung der Kleinbauernwirtschaftlichen sind, die verhältnismäßig viel höhere Viehdüngung haben als die Großbauernbetriebe. Der gesetzliche Anreiz auf Kleinbauern Umlagegebiete betraf ein Quantum von 10 Prozent des Umlagegebietes. Dadurch bekommen die meisten Kleinbauern gar keine oder nur wenig von dieser billigeren Acker, denn sie sind ja zum größten Teil Umlagefrei oder können nur wenig Getreide abliefern. Ein besonderes Gewicht wird den Großbauern und Großgrundbesitzern noch dadurch gegeben, indem die Acker von Umlagegebieten mit nemerbet wird, um die Rücklieferung der 10 Prozent Acker zu sichern, weil dazu mehr Acker benötigt wird, als aus dem Umlagegebiete anfällt. Die Kleinbauern müssen daraus erkennen, wie der demokratische Staat ihre Interessen vertritt, und ferner auch, wessen Interessen der Staat vertritt. Mit seinem Wort hat der Landtag gegen diese Reaktion Stellung genommen, obwohl diese Herr in Mainz aufstehen löst Meiner, löst, ist es sich um grobgrüne Interesse handelt.

Dollar heute 4350 Mark

Metallarbeiter gegen das Ueberstichtens-abkommen

Der Kampf der Stahlwerke gegen die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie, die prozontalisten gegen die Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie an den Reichsanlagen, in dem die Metallarbeiter mobilisiert, die fordern ein solches Verbot der Metallarbeiter.

Das Wiederaufbaugesetz des ADGB

Die der 'Kommunisten' meldet, dass Montag in Berlin die langjährige Konferenz der französischen Wiederaufbaugesetz mit der deutschen Sozialdemokratie stattfand.

Die der 'Kommunisten' meldet, dass Montag in Berlin die langjährige Konferenz der französischen Wiederaufbaugesetz mit der deutschen Sozialdemokratie stattfand.

Die der 'Kommunisten' meldet, dass Montag in Berlin die langjährige Konferenz der französischen Wiederaufbaugesetz mit der deutschen Sozialdemokratie stattfand.

Neue Erfolge im Gefolge. Am Dienstagmorgen gelang dem Ingenieurverein ein Sieg bei der Wasserfrage aus dem Jahre 1921.

Kommunistische Propaganda mit linken Beinen. Nach einer Rede des 'Neu Vorwärts' hat der Bürgermeister der Stadt Berlin der berüchtigten 'Kommunisten' die weitere Auftritte verboten.

Die Verlingungsfähigkeit. Ein Arbeiter M. hand vor der Berliner Arbeiterkammer. Er hatte sich vor längerer Zeit durch große Ausgaben verdrückt und eine große Zeit durch den Gerichtsvollzieher erbracht.

Das verdrückte 'Licht'. Ein Arbeiter M. hand vor der Berliner Arbeiterkammer. Er hatte sich vor längerer Zeit durch große Ausgaben verdrückt und eine große Zeit durch den Gerichtsvollzieher erbracht.

Die verdrückte 'Licht'. Ein Arbeiter M. hand vor der Berliner Arbeiterkammer. Er hatte sich vor längerer Zeit durch große Ausgaben verdrückt und eine große Zeit durch den Gerichtsvollzieher erbracht.

Arbeiterkraft wurde auch beschränkt durch die rückgängigen Ertragsarbeiten, durch die wachsende Zahl des Arbeitslosen und durch die Arbeiter im nördlichen Teil des Reiches.

Es wird von der Entschiedenheit der Arbeitervertreter im Kreisrat abhängen, ob die Stimmengleichheit zwischen Bürgerlichen und Arbeitern im Kreisrat zugunsten der proletarischen Interessen überwinden werden kann.

Die kommunalistische Kreisratsfraktion besteht aus den Genossen (Frankfurt und Bielefeld), (Halle), (Hannover), (Hildesheim), (Münster), (Osnabrück), (Salzgitter), (Verden), (Worms) und (Wuppertal).

Neue sozialdemokratische Landräte

Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, zu kommunalistischen Landräten im Kreis Wuppertal den Reichsratsherrn Kroll zu ernennen.

Wittelsberg

Generalversammlung der Metallarbeiter. Die am 28. Oktober in Wittelsberg abgehaltene Generalversammlung der Metallarbeiter des Reiches wurde von dem Reichsratsherrn Kroll geleitet.

Ausland

Eine russische Note an Japan

Sowjet-Russland und die Demokratische Republik haben an die japanische Regierung eine Note geschickt, in der gegen die Verletzung der Räumung Wladivostok durch die japanischen Truppen protestiert wird.

Die Ministerliste in England

Die neue Ministerliste enthält neben dem Ministerpräsidenten Bonar Law die beiden Führer der äußersten Rechten Salisbury und Lord Derby.

Neue Druckschriften

Der Kalender der Arbeiter eingetroffen!

Der diesjährige Kalender ist sehr reichhaltig und interessant ausgestattet. Ein farbiger Umschlag, eine- und mehrfarbige Bilder geben dem Kalender ein vorzügliches Ansehen.

Vom Tage

Städtische Berliner Spielstätten ausgeben. Der Kreis der Personen, die sich auf Kennspielen, am Lotterien und durch Glücksspiele dem Lebensunterhalt zu 'verdienen' suchen, wächst von Tag zu Tag.

4 1/2 Millionen in einem Hofamt erbeutet. Am Mittwochabend drangen in das Hofamt in Hammelburg bei Obermaßfeld sechs bewaffnete Männer ein, um die Beamten zu zwingen, sich in ein Zimmer zu begeben, wo sie eingeschlossen wurden.

14 Personen bei einem Hausbrand getötet. Bei einem Brandes eines Wohnhauses in der 110. Straße in Neuport sind 14 Personen getötet worden.

Aus der Provinz

Die Kreisratswahl in Sangerhausen

Die kommunalistische Fraktion die stärkste Arbeitervertretung im neuen Kreisrat

Das endgültige Ergebnis der Kreisratswahl von Sangerhausen am vergangenen Sonntag liegt nunmehr vor. Es erhielten die kommunalistische Liste 5222, die SPD-Liste 4971, die bürgerliche Liste 4022, die ADGB-Liste 1644 und die Liste des Bauernbundes 1202.

Die kommunalistische Fraktion wird also die stärkste Arbeitervertretung im neuen Kreisrat sein. Der überwiegende Teil der Kreisleute von 'Vollstätt' über den 'genauften Fortschritt' der SPD, die 'Kommunisten' und die 'Kommunisten'.

Wenn wir das Verhältnis des allgemeinen Stimmverhältnisses in Anrechnung bringen, so hat die Liste unserer Partei als einzige, die keine relativen Verluste zeigte, rund 83% Stimmen gewonnen.

Im übrigen billigt sich das 'Vollstätt' wie immer, so auch diesmal wieder mit einer Schimpfepistel auf die kommunalistische Partei. Für die geringe Wahlbeteiligung gerade in der Kreisleute der Arbeiter, die das hervorhebende Ergebnis der Wahl ist, macht es die 'schmutzige Agitation' unserer Partei verantwortlich.

Wenn die Kommunistiche Partei das Wahlergebnis auch nicht zu bejubeln braucht, so kann sie mit ihm doch zufrieden sein. Der Verlust des einen Mandats gegen den Bestand im letzten Kreisrat ist nicht von erheblicher Bedeutung.

Die Kommunistiche Partei hat das Wahlergebnis auch nicht zu bejubeln braucht, so kann sie mit ihm doch zufrieden sein. Der Verlust des einen Mandats gegen den Bestand im letzten Kreisrat ist nicht von erheblicher Bedeutung.

Aus der Provinz

Die Kreisratswahl in Sangerhausen

Die kommunalistische Fraktion die stärkste Arbeitervertretung im neuen Kreisrat

Das endgültige Ergebnis der Kreisratswahl von Sangerhausen am vergangenen Sonntag liegt nunmehr vor. Es erhielten die kommunalistische Liste 5222, die SPD-Liste 4971, die bürgerliche Liste 4022, die ADGB-Liste 1644 und die Liste des Bauernbundes 1202.

Die kommunalistische Fraktion wird also die stärkste Arbeitervertretung im neuen Kreisrat sein. Der überwiegende Teil der Kreisleute von 'Vollstätt' über den 'genauften Fortschritt' der SPD, die 'Kommunisten' und die 'Kommunisten'.

Wenn wir das Verhältnis des allgemeinen Stimmverhältnisses in Anrechnung bringen, so hat die Liste unserer Partei als einzige, die keine relativen Verluste zeigte, rund 83% Stimmen gewonnen.

Im übrigen billigt sich das 'Vollstätt' wie immer, so auch diesmal wieder mit einer Schimpfepistel auf die kommunalistische Partei. Für die geringe Wahlbeteiligung gerade in der Kreisleute der Arbeiter, die das hervorhebende Ergebnis der Wahl ist, macht es die 'schmutzige Agitation' unserer Partei verantwortlich.

Wenn die Kommunistiche Partei das Wahlergebnis auch nicht zu bejubeln braucht, so kann sie mit ihm doch zufrieden sein. Der Verlust des einen Mandats gegen den Bestand im letzten Kreisrat ist nicht von erheblicher Bedeutung.

Die Kommunistiche Partei hat das Wahlergebnis auch nicht zu bejubeln braucht, so kann sie mit ihm doch zufrieden sein. Der Verlust des einen Mandats gegen den Bestand im letzten Kreisrat ist nicht von erheblicher Bedeutung.

Halle und Saalkreis

Ein Wochenlohn = 7,10 Friedensmark

Halle den 26. Oktober 1922

Die Verringerung des Reallohns haben die letzten Wochen außerordentlich schnelle Fortschritte gemacht.

Das Reich besetzt sich für ein 20-Mark-Stück in Gold 10.000 Mark; eine Friedensmark ist also gleich mit 500 Papiermark und ein Friedenspennig ist gleich mit 5 Papierpennig.

Da aber fast alle Waren Goldpreise haben, so müßten die Verbraucher bei einem Durchschnittsverdienste von 35 M. im Frieden 35 Friedensmark x 500 Papiermark = 17.500 M. Wochenlohn haben.

Angedacht des steigenden Wunders, der steigenden Teuerung und der zunehmenden Verelendung wird das Proletariat nur zwei Alternativen gestellt.

Die halbjährigen Arbeiter haben ein Wochenlohn von 7,10 Friedensmark.

Der Weg, den die Arbeiter gehen müssen, ist der Weg der Selbsthilfe.



Schäffner: „Au, Ihr vergeht wohl das Aussteigen?“ Arbeiter: „Eiszeit! Wenn ich den „Klassenkampf“ in'n Händen habe, hör und les' ich nicht mehr.“

Arbeiter: „Schule! Du eben, er ist jetzt so recht interessant.“

Bürger: „Der verfluchte „Klassenkampf“!“

„Die Sozialdemokratische Partei fällt nicht in der Regierung, um zuzulassen, wie die andere Politik machen. Sie ist auch nicht in der Regierung, um die Kräfte einzusparen, die andere verdient haben.“

Die halbjährigen Arbeiter haben ein Wochenlohn von 7,10 Friedensmark.

Mitgliederversammlung der Holzarbeiter

Die Hauptliste schließt ab mit 561.835 M., die Sozialliste mit 121.737.55 M.

Parteienrichtlinien. Sämtliche Distriktsleiterinnen müssen sofort ihre Adressen an die Distriktsleitung einreichen.

Das Soeremus-Konzert ist ausverkauft! Morgen abend, pünktlich 8 Uhr, beginnt im großen Saale des „Volkspart“ das Soeremus-Konzert.

Tom Lobe überfällt. Gestern nachmittag erlitt in der Reichardtstraße ein hiesiger Kaufmann einen Einbruch.

Zwitschona. Aus der Partei. Am Sonntag, dem 25. Oktober, abends 8 Uhr, findet bei Raiser, Bahnhofstraße, eine Disziplinierungsversammlung der SPD.

Sport

Herzen - Gießen 5:2. Am Sonntag, dem 22. Oktober, fanden sich bei Herden und Gießen im freudigen Kampfe gegenüber.

Große öffentliche Versammlung „Volkspart“ Genosse Gesche über den Blutsonntag in Berlin

3000 Stück Damen-Beleuret-Hüte und Wiener Belour, bekannt billige Preise, Stück 350 bis 850 Mark.

Felle Häute und Wolle zu höchsten Marktpreisen kaufen jeden Tag.

Milch Eine gute deutsche Schokolade. Denkt an die Kaufbilligkeit!

Bekanntmachung. Die ethischen Vereistellungen sämtlicher Mediziner...

Jch habe mich niedergelassen als praktischer Arzt und Geburtshelfer.

GOLD-Silber-Platin-Buch. H. Jölicher, 2. Jägerstr. 47.

P. Sille & Co. Mittelstraße 13 und Glasgauer Straße 4.

Arbeitsmarkt Zimmermann Ernst Reichardt, Maurermeister, Gneisenaustr. 17.

Bekanntmachung. Der Weg in der Erhebung Neu-Halle...

Jede Druckfrage die im Geschäfts- wie Privatverkehr benötigt wird...

Gerrengardrobe nach Maß empfiehlt sich Otto Bartelt, Dreppatzweg 7, L.L.

Alte Gebisse Zahn 500 M. und mehr, geeignete weniger.

6 tüchtige Bauklempner für Kaufstelle Denna gesucht. Klempnerstr. Knorre Kapellengasse 5.

Adolf Beer, immer noch. Hausfrauen, Wer zieht nach Erfurt?

Werktätigkeit. Schwebel Gerathe...

